

V-23 Beschluss Das Leid im Jemen lindern: Rüstungsexporte stoppen!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 27.01.2018
Tagesordnungspunkt: Beschlüsse (vorläufig)

- 1 Seit Jahren leiden die Menschen im Jemen unter einem brutalen Krieg und seinen
2 schrecklichen
3 Folgen. Er hat für eine der größten humanitären Katastrophen der Welt gesorgt. Seit
4 Kriegsbeginn sind bereits über 10.000 Menschen an den direkten Folgen der
5 Kampfhandlungen
6 gestorben, zahllose weitere an Hunger und Krankheiten. Fast eine Million Menschen
7 sind mit
8 Cholera infiziert und können wegen fehlender medizinischer Versorgung und dem fast
9 vollständigen Kollaps öffentlicher Dienstleistungen nur unzureichend versorgt werden. 7
10 Millionen Menschen sind akut vom Hunger bedroht. Über hundert Kinder sterben täglich
11 an
12 akuter Mangelernährung und ihren Folgen, mehr als 11 Millionen Kinder sind dringend
13 auf
14 humanitäre Hilfe angewiesen. Die Trinkwasserversorgung in den großen Städten ist
15 nahezu
16 vollständig zusammengebrochen. Diese dramatische Lage führt dazu, dass fast 20
17 Millionen
18 Menschen auf Hilfe angewiesen sind.
- 19 Dieses Ausmaß von Leid und Zerstörung im Jemen ist in erster Linie durch die äußere
20 Intervention in einen ursprünglich lokalen Konflikt verursacht worden – vor allem durch
21 die
22 Bombenangriffe einer Staatenkoalition unter Führung Saudi-Arabiens. Sie finden mit
23 Unterstützung der USA und Großbritanniens statt und durch Waffen aus europäischer
24 Herstellung. Diese Angriffe richten sich oft gezielt gegen zivile Infrastruktur wie Schulen
25 und Krankenhäuser. Fast alle Mitglieder der Staatenkoalition sind Empfänger von
26 direkten
27 oder indirekten Waffenlieferungen aus Deutschland. Zudem produziert Saudi-Arabien in
28 Lizenz
29 deutsche Gewehre. Auch der Iran hat mit seiner Unterstützung der Houthi-Milizen zu
30 dieser
31 Eskalation beigetragen: diese haben mit ihrem gewaltsamen Feldzug nach Sana'a und
32 Aden und
33 dem daraus resultierenden Sturz der Regierung Hadi den Konflikt zuallererst begonnen.
- 34 Neben den eigentlichen Kriegshandlungen ist die illegale Seeblockade durch Saudi-
35 Arabien und
36 die Vereinigten Arabischen Emirate die bedeutendste Ursache für die Mangelernährung
37 der
38 Bevölkerung. Trotz der Existenz eines Kontrollmechanismus der Vereinten Nationen
39 bringen
40 diese Staaten dadurch – unter dem Vorwand, Waffenschmuggel verhindern zu wollen –
41 die

26 Versorgung großer Teile des Landes nahezu zum Erliegen. Diese Blockade, ebenso wie
27 die
27 Schließung des Flughafens Sana'a, die Belagerung von Städten und weitere
Behinderungen
28 humanitären Zugangs verstoßen gegen die Bestimmungen der
Sicherheitsratsresolutionen 2140
29 und 2216 und können entsprechend sanktioniert werden. Auch der Zugang der
Vereinten
30 Nationen, humanitärer Organisationen sowie von Journalistinnen und Journalisten wird
massiv
31 behindert.

32 Der Wechsel des ehemaligen Präsidenten Ali Abdallah Saleh auf die Seite der saudisch-
33 geführten Koalition und seine Ermordung durch die ehemals mit ihm verbündeten
Houthi-Milizen
34 stellen den Jemen vor neue politische Herausforderungen. Die verschärften
35 Auseinandersetzungen haben zu noch mehr Opfern in der Zivilbevölkerung geführt.
Gewaltsame
36 Angriffe auf friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten sowie die Blockade
elektronischer
37 Kommunikation gehören neben zahlreichen Fällen von Verschwindenlassen, Folter und
38 außergerichtlichen Tötungen sowie dem Einsatz von Kindersoldaten zu den Vergehen
aller
39 Kriegsparteien.

40 Wir begrüßen es daher, dass der UN-Menschenrechtsrat mit der 36/31 des VN-
Menschenrechtsrats
41 eine unabhängige Expertenkommission zur Untersuchung möglicher Kriegsverbrechen
im Jemen
42 eingesetzt hat. Wir begrüßen ebenfalls den auch auf Betreiben der Grünen Fraktion im
43 Europäischen Parlament zustande gekommenen Beschluss 2017/2849, der unter
anderem die
44 Forderung nach einem Exportstopp von Rüstungsgütern an die kriegsführenden Staaten
enthält.

45 Nun muss die Bundesregierung handeln. Wir fordern sie auf:

- 46 • im Sinne wiederholter Beschlüsse des Europäischen Parlaments jegliche
Rüstungsexporte
47 an die am Jemenkrieg beteiligten Staaten sofort zu stoppen, keine neuen
Genehmigungen
48 an diese Staaten zu erteilen, erfolgte Genehmigungen zu widerrufen und auch
keine
49 Ausfuhrgenehmigungen zu erteilen;
- 50 • in Zusammenarbeit mit den VN die Initiative für neue Friedensgespräche zu
übernehmen,
51 deren erstes Ziel ein schnellstmöglicher Waffenstillstand und die Gewährung
52 humanitären Zugangs sein muss;
- 53 • sich in diesem Zusammenhang auch gegenüber der US-amerikanischen und
britischen
54 Regierungen für ein Ende der militärischen Unterstützung der arabischen Koalition

- 55 einzusetzen;
- 56 • auf alle Kriegsparteien einzuwirken, den Zugang für Hilfs- und
57 Lebensmittellieferungen
uneingeschränkt sicherzustellen;
- 58 • sich im Falle der Behinderung humanitären Zugangs, wie in
59 Sicherheitsratsresolutionen
60 2140 und 2216 vorgesehen, für Sanktionen gegen die Verantwortlichen aller
Kriegsparteien einzusetzen;
- 61 • den Jemen weiter humanitär zu unterstützen und den Nachbarstaaten bei der
62 Aufnahme und
Versorgung der Flüchtlinge aus dem Jemen zu helfen;
- 63 • die Arbeit der vom VN-Menschenrechtsrat eingesetzten Expertenkommission nach
64 allen
Kräften zu unterstützen und dabei besonders deren uneingeschränkten Zugang
65 zum
Kriegsgebiet einzufordern;
- 66 • die Umsetzung des Beschlusses 2017/2849 des Europäischen Parlaments nach
67 Kräften zu
unterstützen.